

Von Jörg Teichfischer

Misstrauen ist weiterhin angebracht

Bremer Politiker bezogen Stellung zu möglichem Irak-Krieg

Bremen. Der Aufforderung verschiedener Rechtsanwälte, Professoren und Richter in einem offenen Brief an Bremer Politiker, eine Aussage zu einem möglichen deutschen Einsatz im Irak zu treffen, wurde inzwischen zahlreich nachgekommen. Wollten manche Angeschriebenen erst kein oder kein aussagekräftiges Statement geben, so brachte eine Veröffentlichung im Bremer Anzeiger doch noch eine intensivere Beschäftigung der Parteien mit der Problematik.

Das es sich niemand einfach macht mit der Frage Krieg und Frieden, zeigt schon die Tatsache, dass einige Antwortschreiben mehrere Seiten umfassen oder dass auf eine originalgetreue Wiedergabe der Positionen Wert gelegt wird. Wir dokumentieren kurz die grundlegenden Aussagen:

Bernd Neumann (CDU) ließ wissen, dass das Ziel eine gemeinsame europäische Haltung ohne deutsche Sonderwege sein müsse. Alle Maßnahmen müssten durch UNO-Beschlüsse abgedeckt sein, vor denen sich auch Deutschland als zukünftiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates nicht „davonstehlen“ könne. Die Rückkehr der

Waffeninspektoren in den Irak müsse die primäre Aufgabe der UNO sein.

Volker Kröning (SPD) unterstützt die Positionen der Briefautoren, unter allen Umständen gegen jede Beteiligung deutscher Truppen an einem einseitig durch die US-Regierung geführten Krieg gegen Saddam Hussein einzutreten. Das betrifft auch die Ablehnung jeder wirtschaftlicher und logistischer Hilfe seitens des Bundestages. Außerdem sei

er für die Rückführung der Spürpanzer aus Kuwait und für die Einhaltung der Mechanismen des UN-Sicherheitsrates. Die politische Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung in der Region müsse gefördert werden, um so auch die Gefahren einzudämmen, die von Hussein ausginge.

Marieluise Beck, Klaus

Möhle, Kathleen Welvers und Dr. Helga Trüpel (Bündnis 90/Grüne) lehnen einen Präventivkrieg gegen Hussein ab, auch wenn vom Irak

der in Kuwait stationierten Spürpanzer im Irak sei „ausgeschlossen“.

Claus Jäger (FDP) spricht von einer „unverantwortlichen Instrumentalisierung eines angeblich unmittelbar bevorstehenden

Krieges gegen den Irak“ durch Gerhard Schröder. Zur Durchsetzung der UNO-Resolutionen seien auch militärische Aktionen nötig. „Voraussetzung für jedwede Beteiligung

Deutschlands an militärischen Aktionen ist für mich ein UN-Mandat unter Beachtung des Völkerrechts“, so der Politiker.

Heike Hey von der PDS sagt „bedingungslos Nein zum Krieg“. Trotz des undemokratischen und menschenrechtsverletzenden Charakters von Hussein dürfe eine Rückkehr der UN-Inspektoren nicht mit militärischer

Gewalt erzwungen werden. Neben ausbleibenden Beweisen für irakische Massenvernichtungswaffen und fehlender völkerrechtlicher Legitimation eines Angriffs würde ein Krieg neues Leid für die Zivilbevölkerung bringen. Die Bundesregierung müsse die Spürpanzer und andere Einheiten abziehen, die Sanktionen gegen den Irak sollten aufgehoben werden.

Bei den Initiatoren des Offenen Briefes sind weitere Antworten eingegangen, so dass sich der Briefwechsel nach Ansicht des Rechtsanwalts Volker Ohm gelohnt hat. „Es wird über das Thema diskutiert und die Politiker wissen, dass ihnen auf die Finger geschaut wird“, so seine Einschätzung.

Misstrauen bleibt angebracht, auch in anderen Politikfeldern, denn es gibt realere Bedrohungen als Saddam Hussein. Militärisch beispielsweise atomare Drohgebärden zwischen Pakistan und Indien, im Sozialen die weltweite Armut und der Hunger, in der Umwelt ökologische Katastrophen und politisch bleiben solche Staaten riskant, die aus dem UN-Verband ausscheren und internationale Verträge brechen. Aber da steht der Irak nicht alleine.



Widerstand gegen Gewalt als Mittel der Politik anlässlich der Bundeswehrausstellung „Unser Heer“. Foto: Jörg Teichfischer